

Gewerkschaft gegen Industrie – das ist Brutalität

Wien. (neu) Gegen diese Bandagen, die sich Industrie und Gewerkschaft im Wahljahr liefern, tragen die Parteien noch Samthandschuhe. Die Industriellenvereinigung (IV) hat beim wirtschaftsliberalen Institut „Eco Austria“ eine eigene Studie über Vorschläge der Gewerkschaft anfertigen lassen, um diese in der Luft zu zerreißen. Hintergrund: Um die Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen, fordert die Gewerkschaft eine 6. Urlaubswoche ab dem 25. Dienstjahr für alle, egal wie oft Arbeitnehmer Job wechseln; einen Euro Überstundenzuschlag, damit Überstunden teurer und dadurch weniger werden; eine Fachkräftemilliarde, für die bessere Ausbildung junger Menschen.

„Teure Folklore“

Diese Maßnahmen kosten die Firmen laut „Eco Austria“ 2,2 Milliarden Euro und führen durch die Wachstumsbremse zu einem Verlust von 4500 Jobs. „Das sind die absolut falschen Signale, die Gewerkschaft gefährdet Jobs“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Die Industrie erlebe die schwächste Ertragslage seit drei Jahren und könne sich keine neuen Kosten leisten. Er hoffe, dass es sich nur um die „übliche Folklore“ vor dem großen Gewerkschaftskongress handle.

Der leitende Sekretär des ÖGB, Bernhard Achitz, sagt dazu: „Das ist keine Studie, das ist bewusst unseriös und bewusst fehlinterpretiert. Die positiven Effekte sind nicht eingerechnet.“ So würden weniger Überstunden zu neuen Jobs, die Ausbildungsmilliarde zu mehr Fachkräften und die 6. Urlaubswoche nur zurück zu vergangenen Ansprüchen führen. ■

Dayli-Boss glaubt Umfrage nicht, wonach Personal Sonntagsöffnung ablehnt

„Alle Mitarbeiter stehen hinter Sonntagsöffnung“

Von Clemens Neuhold

■ Dayli-Konzept steht und fällt mit der umstrittenen Sonntagsöffnung.

Wien. Die Gewerkschaft der Privatangestellten GPA-djp schießt nun aus allen Rohren gegen die geplante Sonntagsöffnung in 885 dayli-Filialen. Gegen die ersten drei Filialen des Schlecker-Nachfolgers, die über den Umweg eines angeschlossenen Bistros am Sonntag offen halten, hat die Gewerkschaft „mehrfache Anzeigen“ erstattet. Weitere Anzeigen wegen unlauteren Wettbewerbs sind

in Vorbereitung. Außerdem wurden alle neun Sozialversicherungen ersucht, zu prüfen, ob „Lohn- und Sozialdumping“ vorliege. Neue Mitarbeiter für das Sonntagsgeschäft will dayli nämlich nicht nach Handelskollektivvertrag, sondern nach Gastronomie-Vertrag anstellen.

Derzeit hat die GPA-djp unter allen dayli-Mitarbeitern eine Brief-Umfrage laufen, wie sie zur

Sonntagsöffnung stehen. Wie die „Wiener Zeitung“ berichtete, soll die Tendenz in Richtung einer klaren Ablehnung gehen.

Dayli-Boss Haberleitner zweifelt am Echtheitsgehalt der Angaben: „Es ist uns nichts bekannt von ersten Rückmeldungen - alle unsere Mitarbeiter stehen hinter dem Unternehmen und hinter der Sonntagsöffnung“, sagt er zur „Wiener Zeitung“. Die von der Gewerkschaft angekündigten Filial-Besuche erachtet er als „Geschäftsstörungen gegen unser Unternehmen“. Der Schaden durch „Verlautbarungen und Maßnah-

men“ gehe bereits „in die Millionen und gefährde Arbeitsplätze“. Anweisungen, wie man sich gegenüber Gewerkschaftern zu verhalten habe, gebe es aber nicht.

Der dayli-Betriebsrat, der aus der Gewerkschaft ausgetreten ist, habe diese aufgefordert, die „Boycottmaßnahmen“ zu unterlassen.

Die Sonntagsöffnung bezeichnet Haberleitner als „wesentlichen Bestandteil“ des dayli-Konzepts. Der Darstellung, dass Einkäufen auch am Sonntag die Gesellschaft zerreiße, widerspricht er vehement. „Die Bürger kaufen am Wochenende viel entspannter ein – im Kreise der Familie.“ ■



Dayli-Boss Haberleitner führt einen täglichen Kampf für den offenen Sonntag und gegen die Gewerkschaft. Foto: apa/Neubauer

Fairtrade-Umsatz stieg durch Obst und Süßes

■ Österreicher gaben 2012 um 7 Prozent mehr für fair gehandelte Produkte aus.

Wien. (sf) Frische Früchte wie Orangen, Avocado und Litchis sowie Süßwaren ließen den Fairtrade-Umsatz in Österreich im Vor-

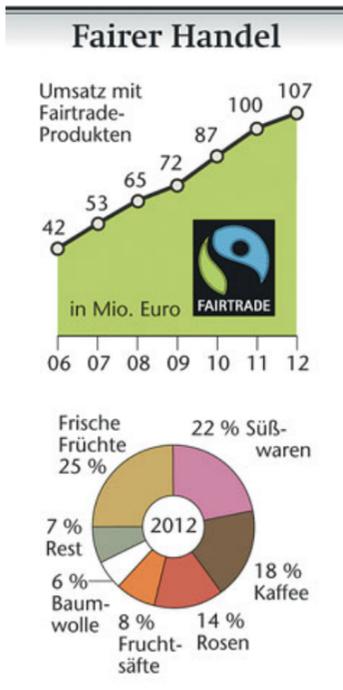
jahr um sieben Prozent auf 107 Millionen Euro steigen. Insgesamt werden hierzulande mehr als 800 Produkte mit dem Fairtrade-Siegel angeboten, 70 Prozent davon tragen auch ein Bio-Zeichen.

In der Gastronomie und Hotellerie sieht Fairtrade-Österreich-Chef Hartwig Kirner noch großes Absatzpotenzial. Derzeit wird rund ein Viertel des Fairtrade-Kaffees außer Haus getrunken.

Noch Potenzial nach oben

Um den Fairtrade-Baumwoll-Bauern bessere Absatzchancen zu bieten, will die Organisation erlauben, in Textilien konventionell und fair produzierte Baumwolle zu mischen. Das Siegel tragen dürften diese Produkte nicht – die Hersteller dürften aber über den Fairtrade-Anteil informieren.

Nach 20 Jahren in Österreich seien zweistellige Zuwachsraten für Fairtrade weiterhin möglich, sagte WU-Handelsexperte Peter Schnedlitz. Kirner verweist auf die Schweiz, wo die Pro-Kopf-Ausgaben für faire Produkte doppelt so hoch wie in Österreich (13 Euro pro Jahr) liegen. ■



Schandfleck Krebsprävention

Von Petra Tempfer

■ Sehr hohe Ausgaben im Krebsbereich werden als wichtig angesehen.

Wien. Angenommen, der Zigarettenkonsum würde um 15 Prozent reduziert und die Bevölkerung würde sich gesünder ernähren und mehr Sport betreiben. „Die Zahl der Krebstoten würde sich um 16 bis 30 Prozent reduzieren“, sagte Michael Gnant, Präsident der österreichischen Studiengruppe für Brust- und Dickdarmkrebs an der MedUni Wien am Dienstag. Derzeit sterben rund 20.000 Österreicher jährlich an Krebs. „Krebsprävention bedeutet also immer auch die Umstellung der Lebensgewohnheiten einer Gesellschaft“, so Gnant.

Anlass war die Präsentation der Ergebnisse einer GfK-Austria-Umfrage im Auftrag der Initiative „Leben mit Krebs“. Demnach ist der Aufholbedarf beim Thema Aufklärung und Information groß: 59 Prozent der Befragten wünschen sich ein besseres Aufklärungssystem in Bezug auf Krebserkrankungen. Insgesamt wurden 2000 Österreicher über 15 Jahren befragt, darunter auch direkt oder indirekt Betroffene.

Speziell bei Lungenkrebs sei das Thema Prävention „der große Schandfleck“, so Christoph Zielinski, Leiter der Klinischen Abteilung für Onkologie und Koordinator des „Comprehensive Cancer Center“ von MedUni Wien und AKH. „Die Nichtraucher werden viel zu wenig vor den Rauchern geschützt.“ Daher werde Lungenkrebs in Zukunft die häufigste Krebserkrankung bei Frauen sein – und den Brustkrebs ablösen.

Generell stellt das Gesundheitswesen gleich nach dem Schulwesen für Österreichs Bevölkerung die wichtigste Frage der Gesellschaft dar, so das Umfrageergebnis. Krebserkrankungen haben für 63 Prozent oberste Priorität im Gesundheitswesen. „Dass Österreich im Vergleich zu anderen Ländern sehr hohe Ausgaben im Krebsbereich hat, wird von der Bevölkerung also als wichtig angesehen“, so Zielinski. Immerhin bezeichneten 90 Prozent der Patienten die Therapie in Österreich als sehr gut oder gut.



Speziell bei Lungenkrebs orten Mediziner mangelhafte Prävention: Es werde zu wenig vor Rauchern geschützt. Foto: fotolia

Um diesen Standard zu halten dürfen allerdings die Ressourcen keinesfalls eingeschränkt werden, so Zielinski. Vielmehr werde der Bedarf an Personal und finanziellen Mitteln künftig steigen, denn: „Je älter die Bevölkerung wird, desto mehr Krebspatienten gibt es – und die Patienten leben deutlich länger.“ ■